

911/AE XX.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Pollet - Kammerlander, Freundinnen und Freunde
betreffend österreichische Verhandlungsposition zum Multilateralen Investitionsabkommen
(MAI)

Am 11. März 1998 wurde vom Europäischen Parlament der Kreissl - Dörfler-Bericht (A4 - 0073/98 Entschließung mit den Empfehlungen des Europäischen Parlaments an die Kommission zu den Verhandlungen im Rahmen der OECD über ein multilaterales Abkommen über Investitionen, MAI) mit überwältigender Mehrheit (437 Prostimmten, 8 Gegenstimmen und 62 Enthaltungen) angenommen.

Darin werden die Nationalstaaten aufgefordert, das MAI in der vorliegenden Fassung nicht zu unterzeichnen und insbesondere wird die Notwendigkeit einer breiteren öffentlichen Debatte und regelmäßigen parlamentarischen Begleitung betont. Ferner wird die Kommission aufgefordert, eine unabhängige und gründliche Bewertung der Auswirkungen auf die Bereiche Soziales, Umwelt und Entwicklung vorzunehmen und dabei festzustellen, inwieweit das MAI einschlägigen EU - Bestimmungen und internationalen Übereinkommen entgegensteht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die österreichische Bundesregierung bzw. der zuständige Bundesminister werden ersucht, die österreichische Verhandlungsposition zum Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) an der Entschließung des Europäischen Parlaments vom März 1998 (A4 - 0073/98) zu orientieren. Insbesondere sind vor Abschluß des Übereinkommens unabhängige Studien über die Auswirkungen des MAI auf Umwelt, Arbeitsmarkt, Soziales und geistiges Eigentum sowie eine Prüfung auf Kompatibilität mit der bestehenden Gesetzgebung in Auftrag zu geben und die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Wirtschaftsausschuß vorgeschlagen.